

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 113 (1980)
Heft: 30-33

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wechsel in der Leitung des Bernischen Lehrervereins



Im Schloss Thunstetten hat sich am 18. Juni der Kantonalvorstand des BLV anlässlich seiner Übergabesitzung neu konstituiert. Dr. Hans Frey, Gymnasiallehrer in Langenthal (rechts aussen), hat das Amt des Präsidenten des Kantonalvorstandes Ulrich Thomann (zweiter von rechts), Primarlehrer und Vorsteher-Stellvertreter in Bern, übergeben, der während der letzten zwei Jahre Vorsitzender des Leitenden Ausschusses war und mit den Vereinsgeschäften bereits bestens vertraut ist. Sein Nachfolger als Präsident des Leitenden Ausschusses ist Hans-Ulrich Wyler (links aussen), Sekundarlehrer in Bern.

Als neuen Präsidenten der Delegiertenversammlung wählte die Abgeordneten am 28. Mai Lucien Bachmann, instituteur, Bienne (zweiter von links).

Vollamtlich sind wie bisher für den BLV tätig Zentralsekretär Moritz Baumberger (Sitzender rechts), und Yves Monnin (links sitzend), Adjunkt und Redaktor des französischen Teils des Berner Schulblattes.

Inhalt – Sommaire

Wechsel in der Leitung des Bernischen Lehrervereins	207
Bericht über die Abgeordnetenversammlung des BLV	208
Bernischer Gymnasiallehrerverein	212

Bernischer Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverband	212
Das Pfahlbaubild des 19. Jahrhunderts	214
Assemblée générale extraordinaire de la SEJB	215
Mitteilungen des Sekretariates	217
Communications du Secrétariat	217

Bericht über die Abgeordnetenversammlung des BLV

Mittwoch, 28. Mai 1980 im Berner Rathaus

Es lagen keine Geschäfte vor, welche die 129 anwesenden stimmberechtigten Delegierten in harte Diskussionen hätten verwickeln können, enthielt doch die zu behandelnde Geschäftsliste – von verschiedenen Wahlen abgesehen – lauter Traktanden, bei denen es sich darum handelte, die Tätigkeit des BLV im abgelaufenen Jahr zu anerkennen oder abzulehnen. Um es gleich vorwegzunehmen:

Geschäftsliste, Protokoll der Abgeordnetenversammlung vom 7. September 1979, Jahresberichte, Rechnungen, Tätigkeitsprogramme und der Voranschlag für das Jahr 1980, alle wurden sie diskussionslos und ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Zur Eröffnung der Versammlung wandte sich Vizepräsident *Lucien Bachmann* aus Biel mit folgenden Worten an die Delegierten und Gäste:

«Tief bewegt nehme ich Platz auf dem Stuhl des Präsidenten, von dem aus ich anlässlich der letzten AV unserm Vorsitzenden Dr. Hans-Rudolf Neuenschwander baldige und volle Genesung gewünscht habe. Leider ist er inzwischen einer heimtückischen Krankheit erlegen. Seine grossen Verdienste hat unser ehemaliger Zentralsekretär Marcel Rychner im ‚Berner Schulblatt‘ gewürdigt und der amtierende Zentralsekretär Moritz Baumberger hat anlässlich der Beerdigungsfeier in eindrücklicher Art des hervorragenden Pädagogen und aufopfernden Kollegen Dr. H.-R. Neuenschwander gedacht. Ich möchte hier lediglich beifügen, wie gerne ich mit dem lieben Verstorbenen zusammenarbeitete und wie wohlthuend es war, seine fundierten Meinungsäusserungen anhören zu dürfen. Ich spreche ihm in Eurem und meinem persönlichen Namen ein letztes ‚Danke‘ aus. Vergessen wir unsere aktiven und pensionierten Kollegen nicht, die im abgelaufenen Jahre gestorben sind. Ihr Andenken ist uns wertvoll und wir wollen durch Erheben ihrer Gedanken.

Das Leben geht weiter mit all seinen Problemen. Sowohl die leitenden Organe des BLV, wie auch wir alle sehen uns Tag für Tag mit neuen Auseinandersetzungen konfrontiert. Es gilt Lösungen zu suchen, die uns gestatten, die Institutionen der Schule zu verbessern und zu modernisieren, immer im Hinblick auf das Wohlergehen der heranwachsenden Jugend. Als wichtiger Meilenstein des abgelaufenen Jahres kann die Revision des Primar- und Mittelschulgesetzes bezeichnet werden. Unsere Berufsorganisation hat dabei namhaft mitgearbeitet, unterstützt von den Kollegen im Grossen Rat. Es scheint, dass dem ergriffenen Referendum zum Trotz die Annahme der Vorlage am 8. Juni gesichert ist und dies ohne Zweifel zur Zufriedenheit der überwiegenden bernischen Stimmbürgerschaft. Vergessen wir aber nicht, dass noch so gute Gesetze und Vorschriften nur eine Hilfe bei der Erziehung unserer Jugend sind. Auch in Zukunft wird die menschliche Komponente in unserem Bildungssystem von ausschlaggebender Bedeutung sein. Nach wie vor beschäftigen uns ungelöste Fragen wie die Schulkoordination, der Schuljahresbeginn und insbesondere auch der Unterricht im 9. Schuljahr. Die zahlreichen Kommissionen auf lokaler, regionaler und kantonaler Ebene haben wertvolle Aufbauarbeiten

geleistet und ihre Ergebnisse den zuständigen Behörden übermittelt. Im Hinblick auf gewisse Regionen unseres Kantons, die von diesen Schulfragen besonders betroffen sind, gebe ich meiner festen Überzeugung Ausdruck, dass wir uns auf allen Stufen unserer Berufsorganisation anstrengen werden, Lösungen zu suchen, denen die gesamte Bevölkerung wie auch die Lehrerschaft ihre Zustimmung geben können. Das Berner Schulblatt steht diesbezüglich allen Kollegen offen, die zu den aufgeworfenen Fragen ihren persönlichen Beitrag erbringen möchten. Im Weiteren vertrauen wir auf den gesunden Menschenverstand unserer Bevölkerung, und wenn es gelegentlich auch etwas langsam vorwärts geht, so können wir das Dafür und Dagegen um so gründlicher abwägen. Nur so werden wir eine ausgewogene Lösung finden, welcher die grosse Mehrheit, wenn nicht gar die Gesamtheit des BLV wird beipflichten können.»

Als *Stimmenzähler* wurden gewählt die Kollegen *Michel Lanève*, Bienne, *Rudolf Aufschläger*, Köniz, *Walter Bandi*, Fraubrunnen.

Ernst Kramer, Oberburg, und *André Schwab*, Bienne, stellten sich wiederum für allfällige *Übersetzungen* von Anträgen aus der Versammlung zur Verfügung. Die Simultanübersetzung besorgten *Mme Jaquemet* und *Mme Gygi*. Wer ohne Kopfhörer auskam, konnte die zur Behandlung der Geschäfte notwendigen Erklärungen und Ausführungen, wie schon bei den letzten zwei Abgeordnetenversammlungen, wiederum in einem wohlthuenden Französisch entgegennehmen. (Ein Spassvogel meinte im Pausengespräch, Lucien Bachmann habe ihm einen Französisch-Weiterbildungskurs erspart.)

Zum *Jahresbericht des Kantonalvorstandes* (s. Berner Schulblatt Nr. 16 vom 18. April 1980) gab der Zentralsekretär, *Moritz Baumberger*, einige *Ergänzungen zu den Wiederwahlen für die neue Amtsdauer*. Er führte aus:

«Im deutschen Kantonsteil hatte das Sekretariat 82 Wiederwahlfälle zu bearbeiten, wobei die nur telefonisch erledigten Bagatellfälle nicht berücksichtigt sind. Zusammen mit denjenigen im Berner Jura werden wir in ungefähr hundert Wiederwahlhändel eingegriffen haben. Das sind dreimal mehr als bei den früheren Wiederwahlen.

In den meisten Fällen konnten Lösungen gefunden werden, denen alle Beteiligten zustimmten. Bei dreien sind noch Rekurse beim Regierungsrat hängig. Endgültig nicht wiedergewählt wurden im deutschen Kantonsteil fünf Vereinsmitglieder. Zwei davon waren seit Jahren in Beschwerdeverfahren verwickelt und zuletzt beurteilt. Bei einem weiteren war das Verhältnis im Dorf derart zerrüttet, dass er die Stelle ohnehin aufgeben wollte. Bei einem obligationenrechtlich angestellten Lehrer war dem Arbeitgeber eine Vertragserneuerung nicht zuzumuten. Ein anderer wollte nicht, dass unser Verein die ungerechtfertigte Nichtwiederwahl mit einer Stellensperre bekämpft. In beiden Fällen haben wir die Lehrer bei der Suche nach einer neuen Lehrstelle unterstützt.

Die Ursache für die Wiederwahlschwierigkeiten lag in je einem Drittel der Fälle bei der Schulführung oder in einer angeschlagenen körperlichen oder geistigen Gesundheit. Beim letzten Drittel spielten Konflikte im Kollegium oder im Dorf, Probleme mit der Pensen-gestaltung oder das persönliche Verhalten eine wichtige Rolle.

Mehrmals mussten wir Vereinsmitglieder auf die Bestimmungen in unserem Wiederwahlreglement aufmerksam machen, nach denen Mitglieder aus dem Verein ausgeschlossen werden können, wenn sie durch ihre Verhalten die Wiederwahl von Kollegen gefährden. Das bedeutet nicht, dass Lehrer einander in jedem Fall zu decken haben. Im Gegenteil: das Reglement verpflichtet jedes Mitglied, den Betroffenen zu warnen, wenn dieser sich durch sein Verhalten in die Gefahr begibt, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu verlieren. Nötigenfalls ist die Vereinsleitung auf die gefährdete Situation aufmerksam zu machen. Falsch aber ist es, Kollegen bei den Behörden oder in der Öffentlichkeit anzuschwärzen. Leider ist das mehrmals geschehen, und jedesmal ist daraus für die Schule nicht Nutzen, sondern Schaden entstanden.

Ich lege grossen Wert darauf, den vielen Behörden, aber auch den Sektionspräsidenten und weiteren Personen zu danken, die mitgeholfen haben, in heiklen Verhältnissen vernünftige und tragbare Lösungen zu finden. Ich hoffe, dass sich auch die noch hängigen Fälle so lösen lassen, insbesondere diejenigen im Berner Jura.»

Was die Wiederwahlen im Berner Jura betrifft, äusserte sich *Yves Monnin*, Adjunkt des BLV, wie folgt: Die Probleme seien weit schärfer gewesen als im deutschsprachigen Kantonsteil. Man habe eine systematische «Hexenjagd» vorausgesagt, doch sei es glücklicherweise nicht dazu gekommen. Die Kontakte, die der BLV seit langem mit den politisch Verantwortlichen pflege, trügen heute ihre Früchte und hätten dazu beigetragen, dass viele Lehrer wegen ihrer politischen Ansichten nicht hätten besorgt zu sein brauchen. Etwa fünfzehn Fälle seien dennoch zu beklagen. Dabei handle es sich in Wirklichkeit nur um zwei *politische* Fälle. Diese hätten aber einen günstigen Ausgang gefunden, eine Wiederwahl sei zustande gekommen. In allen andern Fällen – es handle sich sowohl um separatistische wie antiseparatistische Lehrer – seien als Ursache der Schwierigkeiten zu nennen: gesundheitliche Gründe, Schulprobleme, lokale Konflikte, Klassenschliessungen und Zahl der Lektionen.

Eine einzige Nicht-Wiederwahl sei heute zu registrieren; es handle sich um eine Arbeitslehrerin an zwei Klassen, die geschlossen worden seien. Zwei Lehrer seien definitiv, drei provisorisch wieder gewählt worden und zwei hätten demissioniert.

Sieben Fälle seien noch hängig, und für einen sei Stellen-sperre beschlossen worden. Man hoffe, dass alles ein gutes Ende finden werde, wobei man aber mit der Aktivität gewisser Gruppen zu rechnen habe, die alles unter-nähmen, um die Situation zu verschlimmern und die Positionen zu verhärten. Yves Monnin schloss mit den Worten: «Wir zählen jedesmal auf die Mitarbeit der Kollegen. Dank des guten Willens und des Verständnisses jedes einzelnen hoffen wir, dass alle Fälle zu einer befriedigenden Lösung kommen werden.»

Die Rechnungen für das Jahr 1979 waren von den Kollegen Peter Althaus, Hubert Boillat, Jakob Farner, Gino Perotto und Fred Wegmüller sowie von der Treuhand-

und Revisions-AG Bern geprüft worden. Sie wurden publiziert im BS Nr. 16 vom 18. April 1980. Dem Vor-sitzenden war es ein Anliegen, unserer Chefbuchhalterin, Fräulein Marie Schaller, speziell zu danken. Wie immer, hat sie ihre Arbeit minutiös und perfekt geleistet.

Inmitten der Geschäfte hatte die Versammlung die Ehre, *Regierungsrat Henri-Louis Favre* als eintretenden Gast zu begrüssen. Lucien Bachmann hiess ihn mit folgenden Worten willkommen:

«Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor. Wir danken Ihnen vorerst, dass Sie Zeit gefunden haben trotz der vielen Verpflichtungen einen Moment unsern Ver-handlungen beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir es nicht unterlassen, Ihnen zu Ihrer glän-zenden Wahl als Regierungsratspräsident des Kantons Bern zu gratulieren.

Sie fühlen sich nach wie vor der Schule verpflichtet, die Ihnen so sehr am Herzen liegt. Davon zeugt auch das umfangreiche Werk Ihres Departementes in den ver-gangenen Monaten und Jahren. Die Revision des Primar- und Mittelschulgesetzes wird dem gesamten Schulwesen namhafte Verbesserungen bringen. Wir danken Ihnen und Ihren Mitarbeitern, die sich nicht über mangelnde Arbeit zu beklagen haben, für die Verwirklichung der unterbreiteten Postulate. Wir anerkennen ebenfalls die unermüdlichen Bestrebungen auf dem Gebiete der Schul-koordination und dem dornenvollen Problem des Schul-jahrbeginnes. Wir sind überzeugt, dass eine Lösung gefunden wird, die allen Regionen gerecht wird und ab 1983 ein normaler Schulrhythmus Tatsache wird.»

Regierungsrat Favre seinerseits dankte anschliessend für die freundlichen Worte und unterstrich das ausgezeich-nete Verhältnis zwischen dem BLV und der Erziehungs-direktion. Er dankte der Lehrerschaft für die fruchtbare Zusammenarbeit und wies darauf hin, was in den näch-sten Jahren mit der Revision der Bildungsgesetze der Erziehungsdirektion an Aufgaben wartet. Er unter-strich, dass diese Revision nicht nur die Schulgesetze berühre, sondern ein viel weiteres Gebiet umfassen werde: obligatorische Schulzeit, Lehrzeiten, höheren Unterricht, Lehrerbildung, Elternschulung. Diese be-trächtliche Arbeit werde sich nur in engem Kontakt mit dem BLV verwirklichen lassen. Der Erziehungsdirektor hob hervor, dass die Lehrer ein immer wichtigeres Element in der modernen Gesellschaft werden, und er lud alle ein, sich am 8. Juni an die Urnen zu begeben (Änderung der Gesetze über die Primar- und die Mittel-schulen). Seine kurze Ansprache schloss er mit der Bemerkung, die Schule widerspiegle die Gesellschaft, und er wünschte, «qu'un jour la société devienne le reflet de l'école. Quel succès aurions-nous alors rem-porté!»

Dem ausführlichen *Bericht über die Tätigkeit des BLV*, wie ihn der Präsident des Kantonalvorstandes, *Dr. Hans Frey*, abgab, sei das Folgende entnommen:

«Am Ende meiner Amtszeit als Präsident (2 Jahre Präsi-dent des LA/2 Jahre Präsident des KV) erlaube ich mir, zunächst eine kurze Rückschau zu halten: der Grossteil aller Arbeiten, die sowohl von der Leitung wie vom Zentralsekretariat geleistet werden, ist Kleinarbeit, die sich aus den verschiedensten Vereinszielen ergeben, von der Rechnungsführung bis zur Mitgliederkontrolle, von der Auskunftserteilung bis zur Rechtshilfe an Kollegen, die verschuldet oder unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind. Diese Arbeit wird fast immer von den zu-ständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf dem

Sekretariat so reibungslos vollzogen, dass die Leitung des Vereins davon fast vollständig entlastet ist. Und für diese reibungslose Arbeit auf dem Sekretariat möchte ich hier den gebührenden Dank aussprechen, ganz besonders für die Arbeit des Zentralsekretärs, und des Secrétaire adjoint im Bereich des Rechtsschutzes, und das heisst in diesem Jahr ganz besonders im Bereich der Wahlen: es war nicht selbstverständlich, dass in diesem Bereich alle Probleme von den Sekretären zu einem meist guten oder befriedigenden Ende geführt werden konnten, dass die Leitung nur zu gut vorbereiteten Berichten oder Vorschlägen die Zustimmung geben musste oder besser: geben durfte.

Wenig Zeit und Kraft bleiben leider für grundsätzliche Überlegungen im pädagogischen Bereich, und oft sehen viele Kollegen auch nicht, dass bei einem Problem einer Stufe sehr grundsätzliche Fragen beantwortet werden müssen oder müssten, die uns alle angehen: hinter der Frage nach der Reduktion der Maturitätstypen, zu der vor kurzem die Vernehmlassung durchgeführt wurde, steht die Frage, ob die Schule ihre Aufgabe leistet dadurch, dass sie eine bestimmte Menge von Kenntnissen oder genauer von Wissen vermittelt, oder dadurch, dass sie Kräfte, Fertigkeiten und Fähigkeiten fördert und entwickelt; und diese Frage geht alle Schulstufen gleicherweise an, wenn auch die Antwort nicht überall dieselbe sein muss. Konkreter war die gleiche Frage in bezug auf die Hochschulreife gestellt, und auch hier sind im Hinblick auf die Frage des Hochschulzugangs der Seminarabsolventen alle Lehrerkategorien beteiligt und betroffen und müssten sich entsprechende Überlegungen machen.

In den letzten Jahren hat der BLV in der Seminarbildung einen wesentlichen Anstoss zur Erneuerung gegeben, angefangen mit der Einsetzung einer Kommission, die einen Bericht zur Seminarbildung erstellt hat, der wesentliche Anstösse zur heute laufenden und noch diskutierten Seminarreform gegeben hat, auch wenn die jetzige Lösung in manchem einen anderen Weg eingeschlagen hat als die damals vorgeschlagenen Neuerungen erwarten liessen. Seit dem Beschluss der Verlängerung der Seminarbildung hat eine grosse Zahl von Kollegen im Auftrag des BLV in den verschiedensten Kommissionen und Arbeitsgruppen an der Verwirklichung der neuen Seminarbildung mitgearbeitet. Nicht zuletzt auch im Zusammenhang damit hat der Seminarlehrerverband sich eine neue, zeitgemässe Form gegeben und sich dem BLV angeschlossen, wozu wir den Seminarlehrern gratulieren möchten.

Auch im Bereich der Schulgesetzgebung hat der BLV durch eine Kommission die jetzt abgeschlossene Teilrevision begleiten können und für die kommende Gesamtrevision schon gewisse Vorarbeiten geleistet, die zu einem guten Teil in die bisherige Revision eingeflossen sind und sich auch in der kommenden Revision bei der Vorbereitungsphase schon ausgewirkt haben.

Und damit kann ich nun zum eigentlichen *Tätigkeitsprogramm der Vereinsleitung für das nächste Jahr* übergehen: ein guter Teil der Aufgaben wird wieder das sein, was von aussen, aus der Schulstube und aus der Ratsstube an uns herangetragen wird. Eine ganze Reihe von Aufgaben im Bereich der Gesetzgebung und der Schulpolitik werden uns in den nächsten Jahren beschäftigen:

1. Nach dem Beschluss des Grossen Rates sind die *Grundsätze für die Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung* auszuarbeiten und dem Grossen Rat vor Ende 1983 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Es ist klar, dass in der vorbereitenden Arbeit die leitenden Organe des BLV und der Stufenorganisationen ein gewichtiges Wort mitzureden haben und damit eine grosse Aufgabe übernehmen müssen, die sich unter anderem darin zeigen wird, dass auch für diese Arbeit eine ganze Anzahl von Kollegen eingesetzt werden muss, sei es in Arbeitsgruppen des BLV oder in den von der ED einzusetzenden Gremien. Und dafür müssen sich kompetente Leute finden lassen, die bereit sind, die geforderte Arbeit auf sich zu nehmen, nicht nur in der Vereinsleitung, sondern auch 'an der Basis' (von der es oft heisst, sie werde von der Vereinsleitung nicht berücksichtigt).

2. An einzelnen Aufgaben im Bereich der Gesetzgebung liegen vor die *Verschiebung des Schuljahresbeginns vom Frühling auf den Spätsommer*: eine Aufgabe, die mit Schulreform oder pädagogischen Fragen wenig zu tun hat, aber sehr viel bedeutet in den Augen der Öffentlichkeit. Die Probleme der Zuzüger werden in der Öffentlichkeit vor allem immer wieder erwähnt, vielleicht zu Unrecht, denn in den Fällen eines Wohnortswechsels sind unkoordinierter Französischbeginn, unkoordinierter Übertrittszeitpunkt in die Sekundarstufe I vielleicht neben anderen Schwierigkeiten bedeutender als der Schuljahresbeginn.

3. Ebenfalls unabhängig von der Gesamtrevision der Schulgesetzgebung werden in nächster Zeit das *Kindergarten-gesetz* und das kantonale *Berufsbildungsgesetz* in Vernehmlassung gehen.

4. Im Bereich der Besoldung und der Sozialleistungen sollen in nächster Zeit erfolgen: der *Einbau der Tene-rungszulagen in die Besoldung* und die *Revision der BLVK-Statuten*, um die in den letzten Jahren zu einer grossen Gruppe angewachsenen provisorisch angestellten Kollegen in die BLVK aufnehmen zu können. Zwar hat der BLV eine sehr günstige Versicherung für provisorisch Gewählte einrichten können, die aber nur einen Teil der Aufgaben der BLVK übernehmen kann und die zudem auf Freiwilligkeit beruht, zu wenig bekannt ist und zu wenig benutzt wird. Der Staat als Arbeitgeber kann nicht länger seine Pflichten im Bereich der Sozialleistungen für über 1700 Angestellte vernachlässigen.

5. Angelaufen sind die Vorbereitungen zu einer *Lehrplanrevision*, die die Lehrpläne der Primarschule und Sekundarschule betreffen. Auch hier ist eine breite Mitarbeit aller Kollegen dieser Stufen an der Basis, eine arbeitsintensive Mitarbeit ausgewählter Kollegen aus allen Stufen notwendig, damit die geplanten Gruppen alle arbeitsfähig sind und damit nicht vom grünen Tisch der Bildungsspezialisten aus irgend etwas geplant wird, das sich in der Schulsituation nicht realisieren lässt.

6. Im Bereich der Koordination des Französischunterrichtsbeginns ist von der LONOWE (der Lehrerorganisation der Nordostschweiz) in Zusammenarbeit mit der EDK der Nordostschweiz eine Tagung *Fremdsprachenunterricht* geplant, die der gegenseitigen Orientierung zwischen den Erziehungsdirektionen und ihren Organen und der Lehrerschaft dienen und die Probleme der Schule aufzeigen soll. Unsere Mitarbeit ist auch hier wichtig – in der Vorbereitungsphase haben unser Zentralsekretär und der Kurssekretär bereits Wesentliches geleistet.

Schliesslich gilt es, die in den letzten Jahren erfreulich gut gelaufenen Bemühungen einer *Neustrukturierung des BLV* zu einem guten Ende zu führen durch die Aus-

arbeitung und Genehmigung der Statuten und der notwendigen Reglemente. Die neuen, vom Kantonalvorstand genehmigten Statuten sind im BSB erschienen und gelangen zur Vernehmlassung an die Stufenorganisationen und Sektionen; sie sollen der Ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung vom 26. November 1980 mit allfälligen Abänderungsvorschlägen zur Genehmigung vorgelegt werden. Sie können nach Ablauf der Referendumsfrist oder nach der Urabstimmung in Kraft gesetzt werden, und die notwendigen Änderungen der bestehenden sowie die Genehmigung neuer Reglemente können dann den ordentlichen Abgeordnetenversammlungen unterbreitet werden. Die Statuten sollen noch mehr als bisher die Grundlage bilden (entsprechend einer Verfassung), während die Ausführungsbestimmungen weitgehend durch Reglemente geordnet sein sollen, deren Anpassung an geänderte Voraussetzungen leichter ist als die Revision der Statuten.»

Abschliessend dankte Hans Frey allen, nicht nur denjenigen, die an sichtbarer Stelle im BLV mitgearbeitet haben, und forderte die Anwesenden auf, weiterhin in den verschiedenen Organen und Arbeitsgruppen mitzuarbeiten und die Orientierungen über die Tätigkeit des BLV im Vereinsblatt ständig zu verfolgen.

Bei der Fortsetzung der Behandlung der Tätigkeitsprogramme meldete sich auch der Präsident der Fortbildungskommission, *Ernst Friedli*, Thun, zum Wort. Er sagte, die Tätigkeit innerhalb der Lehrerfortbildung werde sich im wesentlichen im gleichen Rahmen bewegen. Heinrich Riesen habe eine gute Organisation aufgebaut; die Kurse würden nach wirklichen Bedürfnissen abgestimmt und dezentralisiert durchgeführt. Die sektionsinternen Kurse böten wertvolle Gelegenheiten zur Zusammenarbeit. Verbände und Sektionen müssten in dieser Hinsicht weiterhin gefördert werden. Es sei zu hoffen, dass das gute Klima zwischen dem BLV, der kantonalen Zentralstelle für Lehrerfortbildung und der Erziehungsdirektion erhalten bleibe. Friedli schloss mit der Ermunterung, von der freiwilligen Fortbildung immer wieder regen Gebrauch zu machen.

Anschliessend wurden alle Tätigkeitsberichte von den Delegierten ohne Einwendungen angenommen.

Wahlgeschäfte

waren folgende zu erledigen:

- a) Bestimmung des neuen *Präsidenten der Abgeordnetenversammlung* infolge des Hinschieds von Dr. Hans Rudolf Neuenschwander.
Mit 123 von 129 Stimmen (ausgeteilte Stimmzettel: 129) wurde der vorsitzende Vizepräsident, *Lucien Bachmann*, Bienne, gewählt. Bachmann dankte für diese sehr ehrenvolle Wahl. Er betrachte seine Ernennung besonders auch als Ehrung gegenüber der französischen Minderheit.
- b) Zum neuen *zweiten Vizepräsidenten* der Abgeordnetenversammlung wählten die Delegierten mit 119 Stimmen (eingegangene Stimmzettel: 127) *Dr. Hanspeter Schüepp*, Rektor am Gymnasium Kirchenfeld in Bern.
- c) Für die *Wiederwahl des Zentralsekretärs* wurde vorerst einstimmig beschlossen, offen abzustimmen. *Moritz Baumberger* wurde hierauf mit 121 Stimmen für eine weitere vierjährige Amtsdauer wiedergewählt und durfte nach seinem Wiedererscheinen im Saal langen Applaus entgegennehmen. Er freute sich über

dieses Echo, sagte der Zentralsekretär in seinen Dankesworten; ein solches Echo löse seine Arbeit verständlicherweise nicht immer aus.

- d) *Kurssekretär Riesen* wurde ebenfalls in offener Abstimmung für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt (ohne Gegenstimmen),
- e) desgleichen in gemeinsamer Abstimmung die drei Redaktoren *Hans Adam*, *Hans Rudolf Egli* und *Yves Monnin*.
- f) Zu neuen *Mitgliedern des Kantonalvorstandes* wurden auf Vorschlag des KV nach Rücksprache mit den betroffenen Stufen und der Sektion Bern-Stadt gewählt:
Hans Weber, Sekundarlehrer, Bremgarten, als Vertreter der Sektion Bern-Stadt, und
Dr. Christoph Zürcher, Biel, als Vertreter der Gymnasiallehrer.
- g) In die *Aufsichtskommission der Lohnersatzkasse* (LEK) wurden wiedergewählt
Rosmarie Soltermann-Schmutz, Haushaltslehrerin, Oberhofen,
Maria Krebs, Lehrerin, Unterseen,
Heinz Ruef, Gewerbelehrer, Burgdorf, und
Hansruedi Tröhler, Ins.
(Für die übrigen 5 Mitglieder ist die Amtsdauer nicht abgelaufen.)
- h) Als neue *Sektion zur Abordnung von 2 Rechnungsrevisoren* wurde *Interlaken* bestimmt (bisher: Burgdorf).

Zur *Wahl von 32 Delegierten und 9 Ersatzleuten des BLV im Schweizerischen Lehrerverein* wurde der Vorschlag des Kantonalvorstandes ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Zum letzten Traktandum, *Verschiedenes und Unvorhergesehenes*, meldete sich einzig der Präsident des Leitenden Ausschusses, *Ueli Thomann*. Er ersuchte die Versammlung, wie es schon der Erziehungsdirektor getan hatte, an der Abstimmung vom 8. Juni das Primar- und Mittelschulgesetz gutzuheissen, bringe es doch u. a. die Gleichstellung von Knaben und Mädchen, regle die Bereitstellung von Unterrichtshilfen und enthalte die Verpflichtung, bei Nichtwiederwahlen eine Begründung vorzulegen. Eine Verwerfung der Vorlage würde die Weiterentwicklung unserer Schule empfindlich behindern. Auch empfahl er namens des Kantonalvorstandes Zustimmung zu dem vom KV vorgeschlagenen Communiqué, das in der Tagespresse veröffentlicht worden ist.

Bereits um 11.25 Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung als geschlossen erklären. Lucien Bachmann dankte allen Teilnehmern, richtete seinen Dank besonders auch an den Zentralsekretär und seine Mitarbeiter sowie an alle, die im verflossenen Jahr an der vielfältigen und nicht immer leichten Arbeit im Dienste des BLV und damit an der bernischen Schule mitgeholfen haben. Auch erwähnte er, der BLV könne mit Stolz zur Kenntnis nehmen, dass der Präsidentenstuhl des Grossen Rates in diesem Jahr einem unserer Kollegen, Walter Stoffer, Biglen, angehört.

Beim gemeinsamen Mittagessen im Casino bot sich dann noch reichlich Gelegenheit zu wertvollen Kontakten und Aussprachen.

Der beauftragte Berichterstatter:

Hans Adam

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Mitteilungen aus dem Vorstand

In seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien hat sich der BGV-Vorstand am 23. Juni 1980 vor allem mit der Frage des Präsidiums und mit der Thematik der Jahresversammlung 1980 beschäftigt. Das Ergebnis der Verhandlungen kann wie folgt zusammengefasst werden:

① Nachdem sich die beiden Bewerber für das BGV-Präsidium persönlich vorgestellt hatten, wurden sie vom fast vollzählig anwesenden Vorstand über ihre Meinung zu aktuellen bildungs- und standespolitischen Problemen befragt. Die anschliessende vorstandsinterne Beurteilung ergab, dass zweifellos beide Bewerber die erwünschten Voraussetzungen für das Amt des BGV-Präsidenten erfüllen. Dennoch herrschte im Vorstand die Meinung vor, der Delegiertenversammlung sollte nur ein Kandidat vorgeschlagen werden, da sich die Delegierten in der kurzen, an der DV zur Verfügung stehenden Zeit kaum ein ebenso fundiertes und abgewogenes Urteil bilden könnten, wie das aufgrund der umfassenden Diskussion im Vorstand möglich war. Der Vorstand beschloss daher, sich der Verantwortung der Wahl zwischen den beiden Bewerbern nicht zu entziehen und nominierte Herrn Dr. Arthur Reber, Jahrgang 1938, Geschichts- und Deutschlehrer am Wirtschaftsgymnasium Biel. Die eigentliche Wahl wird anlässlich der Delegiertenversammlung im Herbst dieses Jahres erfolgen.

② Wie üblich hat sich der BGV-Vorstand in seiner Sommersitzung mit der Gestaltung der Jahresversammlung befasst. Dabei konnte er sich auf zahlreiche Anregungen und Meinungsäusserungen aus den Kollegien stützen. Die beiden folgenden Arbeitstitel wurden aus einer reichen Palette möglicher Themen und Referenten zur Weiterbearbeitung ausgewählt:

«Denken, Lernen, Vergessen» und «Langweilen sich unsere Mittelschüler?».

Die weiteren Vorbereitungsarbeiten für die Jahresversammlung wurden einer Kommission übertragen. Die DV/JV 1980 soll wiederum in Bern stattfinden und als mögliche Daten wurden der 5. und der 19. November in Aussicht genommen.

③ Als Vertreter des BGV in der Pädagogischen Kommission des BLV wurde Herr P. Burri, Anglist in Burgdorf, gewählt.

④ Zur Beurteilung des Entwurfes neuer BLV-Statuten (siehe Berner Schulblatt vom 23. 5. 80) hat der BGV-Vorstand einen Ausschuss bestimmt. Einschlägige Stellungnahmen von Einzelmitgliedern oder Kollegien sind dem Präsidenten zuhänden des Ausschusses bis am 15. August 1980 zuzusenden.

Der Präsident des BGV: Peter Mürner

Bernischer Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverband

Aus dem Jahresbericht 1979/1980

Mit diesem Bericht möchte ich Ihnen die Tätigkeit und das Geschehen des vergangenen Jahres unserer Sektion kurz zusammengefasst wiedergeben.

1. Der Mitgliederbestand

Erfreulicherweise hat sich unsere Mitgliederzahl auch dieses Jahr leicht erhöht, und zwar bei den Aktiven von 412 auf 427 (davon 372 HHL und 32 Gewerbelehrerinnen); bei den Passiven von 123 auf 125, so dass wir nun 552 Kolleginnen vereinigen. Dazuzählen dürfen wir noch unsere 24 Interessenmitglieder – dies ergibt einen Totalmitgliederbestand von 576.

2. Die Arbeit des Vorstandes

Das Jahr 1979 hat uns zahlreiche Aufgaben gebracht. Wir traten zu 9 reich befrachteten Sitzungen zusammen, all die Treffen in kleinen Arbeitsgruppen nicht mitgezählt. Vielfältige Probleme beschäftigten uns, zum Beispiel die Reform unserer Ausbildung, die neue Struktur des BLV und die Teilrevision der Schulgesetze.

Die Reform der Haushaltungslehrerinnenausbildung

Am 26. Juni 1979 hat die ED in Gegenwart des Präsidenten der Arbeitsgruppe «Reform der Haushaltungslehrerinnenausbildung», Herrn H. P. Riesen, deren Antrag vom 18. April 1979 abgelehnt. Die Ablehnung bezieht sich in erster Linie auf die Vorphase und damit auf die Gesamtzeit zwischen Schulaustritt und Berufseintritt.

Am 11. September 1979 hat die ED dem Präsidenten der Arbeitsgruppe mitgeteilt, dass in der weiteren Planung der Reform der Haushaltungslehrerinnenausbildung von folgenden Voraussetzungen auszugehen sei:

- a) Die künftigen Haushaltungslehrerinnen (oder Lehrer) haben neben den zwei Patenten in Hauswirtschaft/Handarbeiten noch mindestens *zwei weitere zu erwerben*.
- b) Dem Fach Mathematik ist ein grösserer Stellenwert beizumessen.
- c) Der von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Vorphase von der Dauer eines Jahres kann nicht zugestimmt werden. Die Dauer der Ausbildung der HHL muss in Beziehung zur Ausbildungsdauer anderer Lehrerkategorien stehen.

Gleichzeitig wurde die Arbeitsgruppe ersucht, bis Ende März 1980 ein *Alternativmodell* vorzulegen.

Mit Schreiben vom 1. November an die Arbeitsgruppe gaben wir unserer Enttäuschung über den Verlust der praktischen Vorphase Ausdruck. Unserer Ansicht nach war der erste Bericht gut durchgedacht und sinnvoll geplant.

Der Bernische Lehrerverein hat mit einem separaten Brief unser Schreiben am 11. Dezember 1979 unterstützt. Die Arbeitsgruppe ist am 7. November 1979 erstmals wieder zusammengekommen. Daraufhin wurden von der ED schriftlich gewisse Präzisierungen verlangt. Die ED hat am 11. Dezember wie folgt geantwortet:

- Die schulische Ausbildungszeit der HHL soll 5 Jahre dauern.
- Die integrale Wählbarkeit soll weiterhin gewährleistet sein. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass mittel- und langfristig gesehen das Gewicht der Ausbildung zur HHL *vermehrt den Bedürfnissen der obligatorischen Schulzeit angepasst werden sollte*.

Die Projektleitung hat verschiedene Alternativmodelle vorgestellt, welche intensiv durchberaten wurden.

Der Zusatzbericht liegt nun vor. Es ist wieder ein Dokument von ansehnlichem Umfang mit 3 Varianten und folgenden Anträgen und Empfehlungen:

- Die Ausbildung am HHL-Seminar ist von 4 auf 5 Jahre zu verlängern.
- Die Unterrichtsberechtigung der HHL ist zu erweitern auf fünf Fachbereiche.

Die Verteilung der Jahreslektionen auf drei Lernbereiche hat entsprechend des Schlussberichts vom 27. September 1978 zu erfolgen.

Eine Reformarbeit wird von ganz verschiedenen Kräften beeinflusst. Es werden dabei «Weichen» gestellt, die wir klar erkennen und zum Teil bedauern.

An dieser Stelle möchten wir der Projektleitung, besonders Frau Margret Ryser, für die grosse Zusatzarbeit ganz herzlich danken.

Die Strukturreform des BLV

Leider bekundeten nur wenige Kolleginnen Interesse an der Zukunft des BLV und dadurch auch an unserem Verband.

An der ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung des BLV vom 7. September wurde der erarbeitete Schlussbericht mit geringen Änderungen einstimmig angenommen.

Wir sehen unsern Verbandsvorstand in Zukunft mit einem kleinen und einem grossen Büro: Ein kleines Büro, das rasch zusammentreten kann, die oft sehr umfangreichen Papiere studiert, eine Stellungnahme vorbereitet und dem Gesamtvorstand (grossen Büro) unterbreitet. Das kleine Büro muss jedoch auch die Möglichkeit haben, bei kurzfristigen Eingaben selbständig handeln zu können.

Die Revision des PSG/MSG

Wie wir schon vor einem Jahr berichtet haben, wartet nach der Teilrevision noch die 1972 durch die Motion Deppeler geforderte Totalrevision, bei der das ganze Schulwesen neu zu überdenken ist. Nach Verabschiedung der Teilrevision im Parlament wurde das Referendum ergriffen. Grund dazu war die neue Bezeichnung des Faches «Religion/Lebenskunde». Nun können wir am 8. Juni darüber abstimmen. Ein positives Abstimmungsergebnis wird den Weg zur geforderten Totalrevision öffnen. Bei einer Gesamtrevision kämen somit auch die uns direkt betreffenden parlamentarischen Vorstösse zur Diskussion, wie zum Beispiel die Neukonzeption des hauswirtschaftlichen Unterrichtes an der Fortbildungsschule oder die Eingabe zur Einführung eines allgemein freiwilligen 10. Schuljahres (= Motion Zürcher), zu der wir uns via BLV bereits dieses Jahr äussern konnten.

Die Bernische Lehrerversicherungskasse

hat ihrer Delegiertenversammlung die Teilrevision der Statuten vorgeschlagen. Wie verschiedentlich zu lesen war, geht es um die Einführung eines freiwilligen vorzeitigen Rücktrittes, um das Barauszahlungsverbot bei Austritt und um redaktionelle Verbesserungen. Die Versammlung hat den Vorschlägen zugestimmt, der Regierungsrat genehmigte jedoch nicht alles: Das ordentliche Pensionierungsalter bleibt auf Ende des Schulsemesters, es kann nicht um zirka 3 Monate vorverschoben werden. Die Möglichkeit, freiwillig vorzeitig zurückzutreten, wurde zurückgestellt. Der Grosse Rat muss vorerst über einen entsprechenden Antrag für das Staatspersonal Beschluss fassen.

Die Mitwirkung der Lehrer bei Fürsorgeeinrichtungen

Diese Pflicht betrifft uns besonders, ist doch darunter auch die Mithilfe bei Kolonien und Skilagerleitung während der Ferien gemeint. In der Stellungnahme haben wir festgehalten, dass wirkliche Fürsorgemassnahmen ins Pflichtenheft des Lehrers gehören. Heute hat sich aber der Zweck der Ferienlager und -kolonien geändert, deshalb sollen freiwillige Tätigkeiten in den Ferien angemessen entschädigt werden.

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts

Die im Grossen Rat diskutierte und angenommene Motion Schläppi haben wir unterstützt. Es soll jeder Schüler Anrecht auf kostenlosen Unterricht haben.

Die Schulkoordination

Die Frage der Koordination des Schuljahresbeginns diskutierten wir auch dieses Jahr weiter; in nächster Zeit stehen konkrete Vorschläge wieder auf unserem Arbeitsprogramm. Diese Frage kann in den jeweiligen Berichten von Herrn Vauthier im Berner Schulblatt verfolgt werden.

Die Reduktion der Maturitätstypen

Das 100 Seiten umfassende Heft einer Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektorenkonferenz, mit Vorschlägen zur Reduktion der Maturitätstypen und Maturitätsfächern, wird zur Zeit von einer kleinen Arbeitsgruppe unseres Vorstandes durchgearbeitet, um dazu Stellung nehmen zu können. Bei exaktem Überdenken kann man feststellen, dass das ganze Problem letztlich nicht nur eine Frage der Gymnasien, sondern eine Grundsatzfrage für unsere Schule, für jede Stufe und für alle Fächer ist.

Die Entwicklungstendenzen im Bildungsbereich

Das von der Erziehungsdirektion herausgegebene Papier über die Weiterentwicklung des bernischen Schulwesens konnten wir im Wesentlichen unterstützen.

Die Semesterkurse

Durch die Eröffnung der Semesterkurse für Primar- und Sekundarlehrer wurde ein altes Versprechen der Berner Regierung eingelöst. Sie ermöglichen Lehrern mit verkürzter Ausbildung die Teilnahme an einem halbjährigen Fortbildungskurs. In der vorausgegangenen Vernehmlassung bedauerten wir, als Hauswirtschaftslehrerinnen den Zutritt zu diesen Kursen nicht ab Eröffnung zu erhalten. Wir forderten, an späteren Kursen teilnehmen zu dürfen. Am Eröffnungstag wurde uns dies vom Erziehungsdirektor und von der Zentralstelle für Lehrerfortbildung versprochen. Die Möglichkeit, stufen-gemischte Kurse zu führen, scheint uns, wie auch bei allen andern Fortbildungsveranstaltungen, sehr wichtig.

Die Entschädigung für Leiterinnen von Schulküchen

Diese Eingabe verschiedener Lehrerinnen an den BLV schien uns sehr bedeutungsvoll. Wir haben uns im Vorstand nach langer Diskussion zu keiner definitiven Stellungnahme entschieden.

Die Regelung bei den Anstellungsbedingungen für den Unterricht an der Gewerbeschule

Diese Arbeit erfuhr einen Stillstand, sodass wir uns gezwungen sahen, von neuem beim Amt für Berufsbildung um Erledigung des Geschäftes zu bitten. Wir erhielten

die Mitteilung, dass der Reglementsentwurf nur noch redaktionell zu korrigieren sei. Auf unsere Bitte hin konnten sich die zuständigen Stellen bereit erklären, nach Korrektur des Reglementes eine weitere Vernehmlassung durchzuführen. Wir können dadurch nochmals unsere Meinung äussern.

Einen ganzen Abend reservierten die Vorstandsmitglieder für das Mütter- und Pflegehilfswerk. Es wurden für einen Verkauf Züpfen gebacken. Laut Dankeschreiben vom Hilfswerk fanden unsere Backwaren grossen Anklang.

An zwei Informationstagungen der SAG wurde über den Ausbildungsstand der Haushaltleiterinnen informiert. Diese scheinen sehr gute Anstellungsmöglichkeiten zu finden.

Die Werbung für die Haushaltlehre soll in Zukunft durch eine Tonbildschau verstärkt werden.

Erstmals erhielten an der Hauptversammlung der KAG 62 Lehrmeisterinnen nach Absolvierung von fünf vorgeschriebenen Kursen mit Abschlussprüfung ihren Ausweis.

Das Betriebsdefizit der KAG wegen erhöhten Unkosten wird durch Staatsbeiträge gedeckt.

Gwatt-Tagung der Lehrerfortbildungszentrale

Sie soll den Ideen- und Erfahrungsaustausch unter den verschiedenen Lehrergruppen fördern. Es wird jedes Jahr auch über administrative Neuerungen für Kursorganisationen informiert und diskutiert. Laut einer Umfrage wird das vielfältige Kursangebot des Programmhafes der Lehrerfortbildung mehrheitlich positiv bewertet.

Unsere KV-BLV-Vertretung

Die meisten von unseren Mitgliedern merken wenig vom BLV, dem auch wir angeschlossen sind. Im Berner Schulblatt werden regelmässig Berichte von der grossen Arbeit des KV-BLV veröffentlicht. Wir hoffen sehr, dass jede Lehrerin diese Zusammenfassungen aufmerksam verfolgt, denn im KV-BLV werden alle hängigen Schulfragen und Probleme in Zusammenarbeit mit den angesprochenen Stufen behandelt.

Der BLV vertritt auch unsere Interessen nach aussen sehr wirkungsvoll.

3. Das Kurswesen

Wie immer nahm die Vorbereitung und die Durchführung des Tätigkeitsprogrammes den ganzen Vorstand zeitlich sehr in Anspruch. Wir stellen jedoch immer wieder mit Genugtuung das grosse Interesse an unseren Veranstaltungen fest. Durch guten Kursbesuch wird der grosse Zeitaufwand gerechtfertigt und unsere Arbeit belohnt.

Es fanden folgende Veranstaltungen statt:

- *Nowelle cuisine* 1 × ½ Tag mit 35 Teilnehmerinnen
- *Hauswirtschaftliche Unterrichtshilfen* 3 × je 1 Tag, mit Total 75 Teilnehmerinnen
- *Didaktik-Kurs* 1 × 5 Abende à 3 Stunden mit 12 Teilnehmern
- *Menschliche Temperamente* 1 × 5 Abende mit 21 Teilnehmern
- *Töpferkurs* 2 × je 3 halbe Tage mit 24 Teilnehmern

- *Erfinderisches Sticken* 2 × je 2 Tage mit 35 Teilnehmern
- *Adventsveranstaltung*

Mir bleibt die angenehme Pflicht, zu danken: Vorerst allen Referenten und Kursleitern, der Erziehungsdirektion, die unserer Arbeit sehr wohlgesinnt ist und auch immer wieder finanziell unterstützt, dem Seminar und der Frauenschule, die uns immer offene Türen bieten, wenn wir Kurse oder Feiern durchführen möchten, der Zentralstelle für Lehrerfortbildung sowie dem Zentralsekretär des BLV.

Ein grosser Teil meines Dankes geht auch an die Kolleginnen im Vorstand, die mir immer als gute Stützen und Beraterinnen zur Seite stehen.

L. Legrand

Das Pfahlbaubild des 19. Jahrhunderts

*Sonderausstellung vom 31. Mai bis 24. August 1980
im Historischen Museum in Bern*

Unter dem Pfahlbaubild des 19. Jahrhunderts versteht man im wesentlichen auf einer durchgehenden Plattform errichtete Wasserpfahlbauten, wie sie vom Zürcher Altertumsforscher Ferdinand Keller 1854 erstmals für die neolithische und bronzezeitliche Besiedlung unseres Landes beschrieben worden sind. Die allgemeine Begeisterung des 19. Jahrhunderts für die vaterländische Vergangenheit trug mit dazu bei, dass F. Kellers Entwurf eines nahezu vollständigen urgeschichtlichen Siedlungs- und Lebensbildes bei einer breiten Öffentlichkeit Anklang fand. Es entstanden nicht nur Modellrekonstruktionen, sondern auch Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen, Gedichte und Theaterstücke, auf und in denen das Pfahlbauthema verarbeitet wurde.

Mit der Ausstellung «Das Pfahlbaubild des 19. Jahrhunderts» sollen die sehr zahlreichen Dokumente zur Pfahlbautheorie des letzten Jahrhunderts in einen grösseren forschungsgeschichtlichen Zusammenhang gebracht werden. Obwohl die Hintergründe eines auf den Seen beheimateten Siedlungstyps (Schutz gegen wilde Tiere und Feinde) von Anfang an umstritten waren, wurde die Existenz urgeschichtlicher Wasserpfahlbauten in Europa in der Zeit von 1854 bis um 1920 kaum jemals grundsätzlich in Frage gestellt, weshalb im Hauptteil der Ausstellung unterschiedslos auch Unterlagen aus dem ersten Viertel unseres Jahrhunderts gezeigt werden. Der forschungsgeschichtliche Aspekt der Ausstellung soll dazu beitragen, die neueren Diskussionen rund um die ganze Pfahlbaufrage besser verstehen zu können. So wird in einer Tonbildschau und anhand moderner Ausgrabungsprojekte auch auf die seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts andauernden Streitereien für und wider die Pfahlbautheorie näher eingegangen. Zusammenfassend kann man heute festhalten, dass die von F. Keller beschriebenen Wasserpfahlbauten als allgemein verbreiteter urgeschichtlicher Siedlungstyp nie existiert hatten. Vielmehr handelte es sich in der Regel um an den begehbaren Seeufern errichtete Landsiedlungen, wobei an kleineren Seen der Nachweis ebenerdiger Häuser wiederholt und eindeutig erbracht werden konnte. Ob aber an grösseren Seen, wo auch für die Urzeit mit jahreszeitlich bedingten Niveauschwankungen und gelegentlichen Hochwassern zu rechnen ist, ebenfalls ebenerdige oder vom Boden abgehobene Bauten gestanden hatten, darüber gehen die Meinungen bis zum heutigen Tag auseinander.

Wenn somit von F. Kellers Wasserpfahlbautheorie Abschied genommen werden muss, darf man nicht vergessen, dass dieser Abschied nur einen Teilaspekt aus der Urgeschichte unseres Landes betrifft. Die Vorstellungen von der kulturellen Entfaltung der neolithischen und bronzezeitlichen Bewohner der Schweiz werden davon kaum berührt, sondern ihre archäologischen Hinterlassenschaften zeugen nach wie vor von einer differenzierten wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung, auch wenn sich diese nicht in idyllischer Abgeschiedenheit draussen auf den Seen abgespielt hat.

Nach den Sommerferien wird bis zum 24. August 1980 noch die Möglichkeit bestehen, diese Ausstellung hier in Bern besichtigen zu können. Unter Führung des Lehrpersonals sollte es auch den Kindern möglich sein, hinter den suggestiven Pfahlbaummodellen und Pfahlbaudarstellungen die Problematik der Wasserpfahlbautheorie und die heutigen Interpretationen der diesbezüglichen archäologischen Befunde verstehen zu können.

Karl Zimmermann

L'Ecole bernoise

Assemblée générale extraordinaire de la SEJB

Mardi 24 juin 1980, 18 heures à 20 h. 30
Salle des Rameaux, Saint-Imier

Présidence: Jacques Paroz

Présents: 183 membres des sections de Bienne-La Neuveville, Moutier et Courtelary

Invités: M. Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB; M. Jean-Jacques Maspéro, président de la SPR

Délibérations

Le président de la SEJB, Jacques Paroz, ouvre la séance en indiquant les raisons de la convocation de cette assemblée générale extraordinaire:

En date du 19 mai 1980, le CC/SEJB, conformément à l'article 4.2 alinéa 4 des statuts, recevait une liste de signatures demandant la convocation d'une AG extraordinaire.

Après contrôle des listes au Secrétariat SEB, le nombre des signatures valables s'élevait à 133. Au 31 décembre 1979, l'effectif de la SEJB était de 696 membres. Il suffisait par conséquent de 116 signatures pour la convocation de cette AG.

Le 5 juin 1980, les mandataires des signataires et les présidents des sections étaient convoqués à une séance du CC/SEJB pour préparer l'AG.

J. Paroz remercie tous les collègues qui ont répondu à l'invitation et salue d'une façon toute spéciale MM. Moritz Baumberger et Jean-Jacques Maspéro qui compléteront l'information qui sera donnée en cours de séance. Après avoir donné connaissance des excuses, il souhaite que la séance se déroule dans une atmosphère constructive et empreinte de la dignité qui convient au problème.

L'ordre du jour proposé est accepté sans modifications.

1. Réélections dans le Jura bernois et l'Ancien canton

Il appartient alors à Yves Monnin, secrétaire adjoint de la SEB, d'informer l'assemblée sur les réélections dans le Jura bernois. Comme il avait été convenu avec les mandataires des signataires, il ne sera pas fait mention de cas particuliers. L'information sera générale.

Y. Monnin explique d'abord la procédure qui doit être suivie lors de la réélection des enseignants. Il montre ensuite comment et à quel niveau la SEB peut intervenir pour défendre les enseignants qui sont victimes de menaces. Il constate que la plupart du temps des interventions discrètes ont permis d'arriver à une solution des problèmes sans que l'enseignant ait à souffrir d'une publicité malsaine. Il relève toutefois que certains cas ont été difficiles à résoudre, essentiellement en raison des interventions extérieures qui n'ont fait que durcir les positions. Il regrette aussi un manque de solidarité de la part des collègues.

Les cas

Il y a une année, certains annonçaient une chasse aux sorcières impitoyable et brandissaient le spectre de l'intolérance. Heureusement, en partie grâce aux actions préventives de la SEB, il n'en a rien été.

En 1962, sur 30 cas pour l'ensemble du canton, 13 concernaient la partie française (canton du Jura compris). Aujourd'hui, sur une centaine de cas, une quinzaine concernent la partie française (Jura bernois et Bienne romande).

Sur les 15 cas, deux peuvent être qualifiés de purement politiques. Les deux ont connu une issue favorable: une réélection définitive et une réélection provisoire. Dans tous les autres cas, qui concernent aussi bien des enseignants séparatistes que des enseignants antiséparatistes, d'autres raisons sont à la base des difficultés: santé, problèmes scolaires, comportement du maître, conflits locaux, fermeture de classe, nombre d'heures d'enseignement. Actuellement, nous avons enregistré deux non-réélections: un enseignant non réélu pour des raisons pédagogiques, après que la DIP ait conseillé à la commission la mise au concours du poste, et une maîtresse d'ouvrages non réélue pour une classe qui a été fermée. Cinq enseignants ont été réélus définitivement, cinq provisoirement et nous avons enregistré deux démissions. Trois cas sont encore en suspens, dont un pour lequel le boycottage a été décidé par la SEB. Pour l'instant, le boycottage s'est révélé efficace: aucun enseignant, le titulaire mis à part, n'a postulé.

Information complémentaire

MM. Ulrich Moser de la Ferrière et Pierre Amstutz de Corgémont ont connu des difficultés, mais grâce à

l'intervention de la SEB, de la SEJB et de la section, ils ont été réélus définitivement. Ils informent rapidement l'assemblée du déroulement des «affaires».

Dans l'Ancien canton

Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB, aborde ensuite le problème des réélections dans l'Ancien canton. La SEB a dû intervenir dans 82 cas. Il y a eu 32 réélections définitives, 9 réélections provisoires, 5 non-réélections et 3 cas sont encore en suspens. Pour les autres cas, il a fallu trouver d'autres solutions (démission, mise à la retraite, changement de profession, etc.).

Mise sur pied d'une commission non permanente

Sur proposition du président, le CC/SEJB, dès la rentrée d'août 1980, se penchera sur le problème des réélections des enseignants et mettra sur pied une commission non permanente. Elle sera chargée d'étudier les problèmes en rapport avec les différents modes de réélection dans le canton de Berne et la façon d'informer les collègues des actions entreprises. Elle sera composée d'au moins deux membres par section.

Il est évident qu'elle devra collaborer étroitement avec la SEB et avec les autres associations de fonctionnaires qui sont aussi concernés par les réélections.

2. Adoption d'une résolution

Un projet de résolution a été préparé par J. Paroz et Y. Monnin. Il est soumis à l'assemblée qui en discute longuement. Elle l'approuve dans la rédaction suivante à une large majorité:

«Réunie en assemblée générale le 24 juin 1980 à Saint-Imier, la Société des enseignants du Jura bernois (SEJB) a pris connaissance des difficultés qui ont surgi lors de la réélection des enseignants dans le canton de Berne et le Jura bernois.

»Elle se déclare solidaire des enseignants qui sont injustement attaqués.

»Elle soutient les actions entreprises en vue d'une solution équitable des conflits et encourage ses organes directeurs à poursuivre leurs actions et à accorder assistance aux enseignants qui en ont besoin.

»Dans l'intérêt de l'école et des enfants, elle invite les autorités, la population et les enseignants à faire preuve de retenue et de compréhension. Un enseignement constructif ne peut être dispensé que dans un climat de sérénité et de confiance réciproque.»

L'assemblée décide la publication de cette résolution dans la presse corporative et dans les journaux.

3. Quel soutien pouvons-nous attendre des organisations faïtières des enseignants? Statut des enseignants dans les autres cantons

Les points 3 et 4 de l'ordre du jour sont groupés puisqu'ils sont interdépendants l'un de l'autre.

J. Paroz remercie J.-J. Maspéro de s'être déplacé à Saint-Imier et d'avoir accepté de présenter le point de vue de la SPR.

Le président de la SPR s'élève tout d'abord contre le système des réélections. Il estime que les enseignants devraient pouvoir bénéficier d'un maximum de sécurité de l'emploi et souhaite qu'ils puissent être nommés à vie.

Quel soutien la SPR peut-elle nous offrir?

De l'exposé de J.-J. Maspéro, il y a lieu de relever les points suivants:

- Les statuts de la SPR sont précis: elle ne peut intervenir que sur demande de la section. Il n'y a, par conséquent, pas de risques que la SPR s'immisce dans des affaires qui ne la concernent pas.
- Elle peut accorder son appui juridique, notamment dans les actions qui seraient entreprises au niveau supérieur et qui peuvent intéresser l'ensemble des enseignants (recours au Tribunal fédéral, avis de droit).
- Elle pourrait porter plainte auprès du BIT.
- Elle pourrait s'engager dans des manifestations de solidarité organisées par les organisations faïtières.
- Elle propose son appui juridique à la SEJB pour les modifications éventuelles de certains règlements.

Puis Moritz Baumberger aborde le problème du côté de l'ASE (Association suisse des enseignants). Les moyens à disposition de nos organisations faïtières sont à peu près les mêmes que ceux de la SPR. L'ASE s'engage par des déclarations dans la presse corporative (dans le cas de mise au boycott de la place de Sornetan, elle a demandé à tous ses membres de ne pas se présenter pour cette place). Elle peut également accorder certains appuis financiers pour des actions au niveau fédéral.

Moritz Baumberger déclare que la SEB, de son côté, entreprendra une étude pour voir de quelle façon on pourrait améliorer les conditions d'engagement des enseignants.

Nous ne devons pas nous faire d'illusions: le problème sera difficile. Il s'agit d'une question d'autonomie communale. Il serait toutefois souhaitable qu'une procédure identique soit mise en place pour toutes les réélections.

Après avoir remercié les participants et les invités de leurs interventions, Jacques Paroz remercie tous ceux qui ont collaboré avec la SEB et la SEJB pour arriver à régler les cas de menaces de non-réélection. Si la SEB agit dans la discrétion, il faut reconnaître qu'elle est parvenue à une solution heureuse dans la plupart des cas en sauvegardant les intérêts et la sphère privée de chacun.

Jacques Paroz termine en formulant trois vœux:

«1. Les comités de section SEB et le Comité central de la SEJB sont toujours disponibles lorsqu'un problème surgit. Faites-leur donc part de vos remarques, critiques ou suggestions, afin qu'ils puissent agir, en améliorant le statut de l'enseignant bernois. Nous avons besoin de votre collaboration constructive.

»2. J'aimerais, dit-il, que la participation des membres de la SEJB, déjà fort importante par le biais des commissions créées à tous les niveaux, s'accroisse. C'est absolument vital pour nous. Bien sûr, je sais que nous vous sollicitons souvent: mais aujourd'hui, les tâches sont nombreuses et diverses. Notre profession est en constante mutation et nous devons consentir un effort supplémentaire, si nous ne voulons pas être simplement ceux qui subissent ce qui leur est imposé de l'extérieur. Nous sommes tous occupés par diverses activités tant sur le plan scolaire qu'extrascolaire. Mais je reste confiant et je suis sûr que mon appel sera entendu.

»3. Nous avons vécu et nous vivons encore une période troublée et difficile. Je souhaite que la SEJB en sorte affermie et plus unie qu'avant; je souhaite que l'esprit de notre corporation soit revigoré et réveillé; je souhaite

que chaque enseignant se sente concerné au premier chef par tous les problèmes que nous connaissons – et pas seulement lorsqu'il s'agit de questions matérielles. Pensons au bien de tous les enfants qui nous sont confiés et agissons en conséquence. Si la SEJB est forte et agissante, nos partenaires et les autorités avec lesquels nous collaborons et négocions sauront que nous défendons fermement notre existence et les buts d'une école que nous voulons toujours meilleure et mieux armée pour lancer des jeunes dans la vie active.»

Berne, le 27 juin 1980.

Société des enseignants du Jura bernois

Le secrétaire: Yves Monnin

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Mittwoch, den 18. Juni 1980

Vorsitz Hans Frey/Ulrich Thomann, Präsidenten

Statutengemäss tritt alle zwei Jahre ein Teil der Mitglieder aus dem Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins aus. Normalerweise wechseln bei dieser Gelegenheit auch die Präsidenten. Die Übergabesitzung wird abwechselungsweise in einem anderen Landesteil durchgeführt. Dieses Jahr waren wir nach einer hübschen Carfahrt durch die Wyniger Berge im Schloss Thunstetten zu Gast und liessen uns nach den Verhandlungen durch Sankt Urban führen. Wieviel unbekannte Schönheit liegt in unserer unmittelbaren Nähe!

*

Zu Beginn der Sitzung wies Präsident Frey dankbar auf die positiv verlaufene Abstimmung betreffend die Revision des Primar- und des Mittelschulgesetzes hin und bedauerte es, dass 110 bernische Gemeinden die Vorlage aus einem Missverständnis heraus oder wegen einer Missstimmung gegenüber der Schule abgelehnt haben. Das eindeutige Ergebnis im Kanton berechtigt aber zur Hoffnung, dass auch die weiteren Revisionen gelingen werden.

Verhältnis Bund-Kantone

Nach der Genehmigung der Protokolle verabschiedete der Kantonalvorstand zuhanden des Schweizerischen Lehrervereins eine Stellungnahme zu den Schulkapiteln im Bericht der Studienkommission für die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Weil die Lehrerorganisationen bisher immer für den Schul föderalismus eingetreten sind, müssen sie auch zu den finanziellen Konsequenzen ja sagen. Deshalb stimmt der BLV den Vorschlägen im Bericht, der die Volksschule den Kantonen überlässt, grundsätzlich zu. Folgerichtig ist auch die notwendige Koordination über eine freiwillige Übereinkunft und nicht über das Abtreten von Kompetenzen an Bundesorgane anzustreben.

Gewisse Einschränkungen sieht die BLV-Stellungnahme in den Bereichen Hauswirtschaft, Turnen und Sport in der Schule und bei den Stipendien vor.

Schuljahrbeginn

Die Sektion Oberhasli hat den Kantonalvorstand kritisiert, weil er die Vorschläge der Erziehungsdirektion

Communications du Secrétariat

Extrait des délibérations du Comité cantonal de la SEB

Mercredi 18 juin 1980

Présidence: Hans Frey/Ulrich Thomann, présidents

Selon les statuts, tous les deux ans, une partie des membres du Comité cantonal de la Société des enseignants bernois arrivent au terme de leur mandat. C'est également à cette occasion que changent les présidents. La séance de passation des pouvoirs est organisée à chaque fois dans une partie différente du canton. Cette année, une magnifique promenade en car dans la région montagneuse de Wynigen conduisit les participants au château de Thunstetten, puis, après la séance, à St-Urban. Que de beautés méconnues à proximité de chez nous!

*

En début de séance, le président Hans Frey se dit satisfait du résultat de la votation populaire sur la révision des lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes. Il regrette toutefois que 110 communes bernoises aient rejeté le projet, que ce soit en raison d'un malentendu ou comme geste de mauvaise humeur vis-à-vis de l'école. La netteté du résultat dans l'ensemble du canton permet cependant d'espérer que d'autres révisions pourront être menées à bien.

Relations Confédération-cantons

Après l'approbation des procès-verbaux, le Comité cantonal rédige à l'intention de l'Association suisse des enseignants une prise de position au sujet du rapport de la commission d'étude pour une nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Jusqu'à présent, les organisations d'enseignants se sont toujours prononcées pour le fédéralisme en matière scolaire. Elles doivent, par conséquent, en approuver les incidences financières. C'est la raison pour laquelle la Société des enseignants bernois approuve en principe les propositions du rapport qui laisse aux cantons la compétence en matière scolaire. Il en découle que la coordination nécessaire ne doit pas être recherchée par le transfert de compétences à la Confédération, mais par des conventions.

Dans sa prise de position, la SEB émet toutefois certaines réserves dans les domaines de l'enseignement ménager, de la gymnastique et des sports à l'école et des bourses.

betreffend die Verschiebung des Schuljahresbeginns in Vernehmlassung geschickt hat. In ihrer Antwort hält die Vereinsleitung fest,

- dass wegen des Ablaufs der Übergangsregelung für den Berner Jura und wegen der verschiedenen Vorstösse auf eidgenössischer und kantonaler Ebene eine politische Entscheidung erfolgen muss,
- dass das gewählte Vernehmlassungsverfahren der Lehrerschaft das grösste Mass von Mitsprache sichert
- und dass der Kantonalvorstand seine Stellungnahme gestützt auf die von den Mitgliedern geäusserten Meinungen fassen muss.

Fast alle Stufenorganisationen und zwei Drittel der Sektionen haben geantwortet. Einzelne haben sich nicht klar für oder gegen eine Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer ausgesprochen, die meisten haben auch zu Einzelproblemen Stellung bezogen. Dem Kantonalvorstand lagen Kopien aller Stellungnahmen vor. Er nahm auch zur Kenntnis, dass sich die Delegiertenversammlung des Zürcher Kantonalen Lehrervereins im Sinne einer Solidaritätshandlung gegenüber den welschen und mehrsprachigen Kantonen für eine Unterstützung der laufenden Koordinationsbemühungen ausgesprochen hat.

Nach gründlicher Diskussion genehmigte der Kantonalvorstand einstimmig bei zwei Enthaltungen den Text zu einer ausführlichen Stellungnahme. Er wies darin auf die unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Lehrerschaft, von verärgelter Ablehnung über Ratlosigkeit, Resignation und lustloser Zustimmung bis zu entschiedenem Befürworten, hin. Er nannte auch die vorgebrachten Gründe der Gegner und der Befürworter. Weil keine einzige Stufenorganisation und nur eine Minderheit der Sektionen den Spätsommerschulbeginn ablehnen, stimmte der Kantonalvorstand der Verlegung auf den 1. August zu, gab aber gleichzeitig dem verbreiteten Unbehagen der Lehrerschaft diesem Geschäft gegenüber Ausdruck.

Er wies dann auf eine Reihe von Sonderproblemen hin:

- Stichtag 1. Mai für französisch- und deutschsprachige Schüler,
- Möglichkeit für 36 Schulwochen bei entsprechender Wochenlektionenzahl trotz Artikel 2 b) des Konkordates,
- Klärung der Verhältnisse für Lehrlinge und Berufsschullehrer beim Übergang,
- Dauer des Gymnasiums und Zeitpunkt der Maturitätsprüfung nach der Verlegung,
- Klassengrösse als Folge der Verschiebung des Stichtages,
- zusätzlicher Rücktrittstermin für die auf Ende März rücktrittsberechtigten Lehrer,
- Dispensationsmöglichkeit für disziplinarisch schwierige Schüler.

Die Sektionen haben eine Kopie der Stellungnahme erhalten. Ausserdem können die eingelangten Antworten im Sekretariat eingesehen werden.

Lehrerbedarfsprognose

Die Mitglieder des Kantonalvorstandes haben die Kurzfassung des Schlussberichtes zur Lehrerbedarfsprognose Mitte Mai erhalten. Die darin gezeigte Arbeitsmarktsituation muss den Bernischen Lehrerverein beschäf-

Début de l'année scolaire

La section Oberhasli a critiqué le Comité cantonal parce qu'il a mis en consultation les propositions de la Direction de l'instruction publique concernant le déplacement du début de l'année scolaire. Dans leur réponse, les organes directeurs de la Société apportent les précisions suivantes:

- En raison de la fin de la réglementation transitoire pour le Jura bernois et en raison des différentes interventions sur les plans cantonal et fédéral, une décision politique doit être prise.
- La procédure de consultation envisagée assure la meilleure possibilité de participation du corps enseignant.
- Le Comité cantonal fonde sa prise de position sur les opinions exprimées par les membres de la SEB.

La quasi-totalité des organisations de degrés et les deux tiers des sections ont répondu. Quelques-unes ne se sont pas exprimées clairement pour ou contre le déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été. La plupart ont soulevé aussi des problèmes particuliers. Les copies de toutes les prises de position sont soumises au Comité cantonal. Il apprend aussi que l'Assemblée des délégués de la Société des enseignants zurichois s'engage à soutenir les efforts de coordination entrepris dans le sens d'une attitude solidaire avec les cantons romands et plurilingues.

Après une discussion approfondie, le Comité cantonal approuve à l'unanimité moins deux abstentions le texte d'une prise de position détaillée. Il souligne les différentes opinions au sein du corps enseignant, allant du rejet catégorique à l'embarras, de la résignation et l'approbation sans conviction au soutien inconditionnel. Aucune organisation de degré et une minorité des sections rejetant le projet, le Comité cantonal se prononce en faveur du déplacement au 1^{er} août. Il exprime cependant le malaise du corps enseignant dans cette affaire.

Il soulève ensuite une série de problèmes particuliers:

- Age d'entrée à l'école au 1^{er} mai pour les élèves de langue française et pour les élèves de langue allemande.
- Possibilité de 36 semaines d'école avec nombre approprié de leçons hebdomadaires, et ce malgré l'article 2 b) du concordat.
- Détermination des conditions d'engagement des apprentis et des maîtres aux écoles professionnelles durant la période transitoire.
- Durée du gymnase et moment des examens de maturité, après le déplacement.
- Grandeur des classes entraînée par le déplacement de l'âge d'entrée à l'école.
- Délai supplémentaire de retraite pour les maîtres qui y ont droit à fin mars.
- Possibilité de dispenser les élèves qui présentent des problèmes de discipline.

Les sections ont reçu une copie de la prise de position de la SEB. Elles peuvent en outre prendre connaissance de toutes les réponses qui ont été adressées au secrétariat.

Besoin en enseignants

A mi-mai, les membres du Comité cantonal ont reçu le résumé du rapport final de l'étude sur les besoins en enseignants dans la partie allemande du canton. La

tigen. Die Primarlehrerkommission wünscht ein koordiniertes Vorgehen. Der Zentralsekretär erhielt den Auftrag, Vorschläge auszuarbeiten, die im August mit der Erziehungsdirektion besprochen werden sollen.

Besprechung mit der Erziehungsdirektion

Als weitere Themen für die nächste Aussprache wurden vorgeschlagen:

- Hochschulzugang der Primarlehrer,
- Anstellungsprobleme der Seminarlehrer,
- Übernahme der Kosten bei der Weiterführung des Projektes «Stage im anderen Sprachgebiet» durch den Kanton.

Berufsbildungsgesetz

Der Zentralsekretär wurde beauftragt, im Einvernehmen mit den Berufsschullehrern und der Arbeitsgruppe VBA eine Stellungnahme zum kantonalen Berufsbildungsgesetz auszuarbeiten.

Mitwirkung bei Fürsorgeeinrichtungen

Im März 1979 hat der BLV die ED gebeten, die Allgemeinen Anstellungsbedingungen im Amtlichen Schulblatt bezüglich der Leitung von Kolonien, Lagern und Wanderungen in den Ferien zu ändern. Wegen eines Missgeschicks wurde dem BLV die Antwort der Erziehungsdirektion vom 28. Dezember 1979 erst im Juni 1980 zugestellt. Gestützt auf die Antwort des Verbandes bernischer Gemeinden wird das Begehren abgelehnt, weil die sporadische Teilnahme an der Leitung von Ferienkolonien usw. bei jährlich 13–16 Wochen Ferien ohne weiteres zumutbar sei, weil eine zusätzliche Entschädigung für derartige Leistungen einem doppelten Lohn gleichkäme und weil ältere Lehrer in vielen Gemeinden von dieser Verpflichtung ohnehin befreit würden. Die Erziehungsdirektion empfiehlt dem BLV, mit dem Gemeindeverband über eine Vereinheitlichung der geltenden Regelungen zu verhandeln.

Der Kantonalvorstand nahm diese Antwort zur Kenntnis und wird das Geschäft in neuer Zusammensetzung weiterbehandeln.

Dachverbände

Die Mitglieder des Kantonalvorstandes erhielten eine instruktive Informationsschrift über Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen im Kanton Bern, die auch im Staatskundeunterricht gute Dienste leisten könnte. Sie nahmen ausserdem einen Entwurf für eine Vereinbarung zwischen dem Kantonalen Gewerkschaftskartell Bern und der Vereinigung bernischer Angestelltenverbände, welcher der BLV angehört, zur Kenntnis und werden im August darüber Beschluss fassen.

Rechtsschutz

Der Kantonalvorstand stimmte dem Wiedererwägungsgesuch eines Kollegen um volle Übernahme der Rechtsschutzkosten zu, weil aufgrund des vom BLV empfohlenen Vergleichs während drei Monaten die Arbeitslosenversicherung keine Leistungen erbringen konnte. In einem noch nicht abgeschlossenen Wiederwahlhandel haben Kollegen in fragwürdiger Weise gegen unser Vereinsmitglied gehandelt. Der Kantonalvorstand verzichtet auf weitere Schreiben und will diese Frage mit den Betroffenen direkt besprechen.

situation du marché de l'emploi, telle qu'elle y est dépeinte, préoccupe la SEB. La Commission des maîtres primaires souhaite une coordination des actions. Le secrétaire central est chargé d'élaborer des propositions qui seront discutées en août avec la Direction de l'instruction publique.

Rencontre avec la DIP

Les thèmes suivants figureront à l'ordre du jour de la prochaine rencontre avec la DIP:

- Accès à l'université pour les enseignants primaires.
- Problèmes de nomination des maîtres aux écoles normales.
- Prise en charge par le canton des frais des futurs «stages dans une autre région linguistique».

Loi sur la formation professionnelle

En accord avec les maîtres aux écoles professionnelles et avec le groupe de travail de la Fédération bernoise des associations d'employés, Moritz Baumberger est chargé d'élaborer une prise de position à propos de la loi cantonale sur la formation professionnelle.

Collaboration des enseignants aux institutions de prévoyance

En mars 1979, la Société des enseignants bernois avait prié la Direction de l'instruction publique de modifier, dans la Feuille officielle scolaire, les dispositions générales d'engagement à propos de la direction de colonies, de camps et d'excursions durant les vacances. Pour des raisons inexplicables, la réponse de la DIP du 28 décembre 1979 ne nous a été envoyée qu'en juin 1980. Se fondant sur la réponse de l'Association des communes bernoises, elle rejette notre proposition. Les raisons suivantes sont avancées: la participation occasionnelle à la direction de colonies de vacances, etc., devrait être sans autre supportable avec 13 à 16 semaines de vacances annuelles: une indemnisation supplémentaire pour de telles prestations équivaldrait à un double salaire; dans bien des communes les maîtres plus âgés seraient libérés sans autre de cette obligation. La Direction de l'instruction publique recommande toutefois à la SEB de discuter avec l'Association des communes d'une éventuelle uniformisation des règlements en vigueur.

Le Comité cantonal prend connaissance de la réponse de la DIP. Il rediscutera le problème dans un nouveau contexte.

Organisations faïtières

Les membres du Comité cantonal ont reçu une brochure d'information sur les organisations patronales et sur les organisations d'employés du canton de Berne. Elle pourrait rendre d'appréciables services dans l'enseignement de l'instruction civique. Ils prennent en outre connaissance d'un projet d'accord entre les cartels syndicaux du canton de Berne et la Fédération bernoise des associations d'employés dont fait partie la SEB. Ils se prononceront à ce sujet dans la séance du mois d'août.

Assistance juridique

A la demande du collègue concerné, le Comité cantonal accepte de reconsidérer sa décision et de prendre à sa charge la totalité des frais d'assistance juridique. Il le fait parce que, à la suite du compromis proposé par la SEB, la caisse de chômage n'a pas pu fournir de prestations durant trois mois.

Wie es scheint, hat die vom BLV über die Schule Sornetan verhängte Sperre gehalten. Ausser dem nicht wiedergewählten Lehrer hat sich niemand auf die ausgeschriebene Stelle gemeldet.

In zwei weiteren Wiederwahlhändeln konnte eine Einigung erzielt werden.

In einem Fall hat sich der Lehrer nicht an die Empfehlung des BLV gehalten und mit einem eigenen Anwalt eine andere Lösung gesucht, die aber nicht zum Erfolg geführt hat. Seit 1. April 1980 erhält der Lehrer keine Besoldung mehr. Der BLV wird sich trotzdem für die ursprüngliche Vereinbarung einsetzen, die dem Lehrer soziale Sicherheit und die Wahrung seiner Rechte ermöglicht.

Der Präsident dankte Yves Monnin und dem Zentralsekretär für ihren Einsatz bei den Wiederwahlen.

Vergabungen

Aufgrund der von der Abgeordnetenversammlung erteilten Kompetenzen bewilligte der Kantonalvorstand Vergabungen an verschiedene Institutionen im Betrag von 1350 Franken.

Wahlen

Einstimmig wählte der Kantonalvorstand

- Ulrich Thomann als Nachfolger des aus dem Kantonalvorstand scheidenden Hans Frey zum Präsidenten,
- Liselotte Rickhaus für die ebenfalls ausscheidende Judith Imer als Vizepräsidentin,
- Dora Bühlmann (bisher), Hansruedi Tröhler für Ulrich Thomann und Hansulrich Wyler für den aus dem Kantonalvorstand ausscheidenden Jean-Jacques Sinz in den Leitenden Ausschuss, wobei Hansulrich Wyler das Präsidium übernehmen wird,
- Heinrich Schütz für Andreas Wagner und Fritz Tschirren für Kurt Hänni auf Vorschlag der Primarlehrer-Präsidentenkonferenz in die Primarlehrerkommission,
- Christian Jaberg für Kurt Hofer auf Vorschlag der Bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform in die Fortbildungskommission des BLV,
- Max Aeschbacher, Peter Bürki und Rudolf Hänni in die Kommission für Alterswohnungen, in welcher Hans Adam für den austretenden Werner Brand das Präsidium übernimmt,
- Katrin Bertholet-Roth und Monika Schöni auf Vorschlag des Kindergärtnerinnenvereins sowie Judith Schenk-Bessire, Richard Grob und den Zentralsekretär in die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Stellungnahme zum neuen Kindergartengesetz,
- Hanni Zenger, Andreas Gerber und Paul Wälti in die kantonale Projektkommission für die Revision der Sekundar- und Primarschullehrpläne.

Beim Mittagessen wurde den Austretenden, insbesondere dem scheidenden Kantonalpräsidenten Hans Frey der Dank für die grosse, im Dienst der bernischen Lehrer geleistete Arbeit ausgesprochen.

Septembersitzung

Wegen der Berner-Ferien muss die Septembersitzung des Kantonalvorstandes vom 24. auf den 17. September 1980 vorverlegt werden.

Dans un cas de réélection encore en suspens dans l'Ancien canton, les collègues ont agi de manière discutable vis-à-vis d'un de nos membres. Le Comité cantonal renonce à un plus long échange de lettres et décide de discuter ce problème directement avec les intéressés.

Il semble que le boycottage de la place de Sornetan décidé par la SEB a tenu. A part le maître non réélu, personne ne s'est annoncé pour le poste mis au concours.

Dans deux autres cas de réélection un accord a pu être conclu.

Dans un autre cas, le maître ne s'en est pas tenu à la recommandation de la SEB et a cherché une autre solution avec son propre avocat. Mais elle a échoué. Depuis le 1^{er} avril 1980, le maître ne touche plus de traitement. La SEB va essayer d'intervenir pour revenir à l'accord conclu précédemment qui assure la sécurité sociale du maître et la défense de son droit.

Le président adresse ses remerciements au secrétaire central et à Yves Monnin pour leur engagement lors des réélections.

Dons

Sur la base des compétences que lui a accordées l'Assemblée des délégués, le Comité cantonal autorise des dons à diverses institutions pour un montant de 1350 francs.

Elections

C'est à l'unanimité que le Comité cantonal procède aux élections suivantes:

- Ulrich Thomann est nommé président du Comité cantonal à la place de Hans Frey, sortant.
- Liselotte Rickhaus succède à Judith Imer au poste de vice-présidente.
- Dora Bühlmann (ancienne), Hansruedi Tröhler pour Ulrich Thomann et Hans-Ulrich Wyler pour Jean-Jacques Sinz qui quitte le Comité cantonal sont nommés au Comité directeur. Hans-Ulrich Wyler en assumera la présidence.
- Sur proposition de la Conférence des présidents des maîtres primaires, Heinrich Schütz et Fritz Tschirren sont nommés dans la Commission des maîtres primaires à la place de Andreas Wagner et Kurt Hänni.
- Christian Jaberg est nommé membre de la Commission de perfectionnement de la SEB à la place de Kurt Hofer, sur proposition de la Société bernoise de travail manuel et de réforme scolaire.
- Max Aeschbacher, Peter Bürki et Rudolf Hänni sont nommés membres de la Commission des logements pour retraités. Hans Adam succédera à Werner Brand à la présidence.
- Katrin Bertholet-Roth et Monika Schöni, sur proposition de l'Association des maîtresses des classes enfantines, ainsi que Judith Schenk-Bessire, Richard Grob et le secrétaire central sont nommés dans le groupe de travail chargé d'élaborer la prise de position sur la nouvelle loi sur les jardins d'enfants.
- Hanni Zenger, Andreas Gerber et Paul Wälti sont nommés dans la Commission cantonale du projet pour la révision des plans d'études des écoles primaires et secondaires.

Lors du repas, les membres sortants, en particulier le président cantonal Hans Frey, furent chaleureusement remerciés des grands services qu'ils ont rendu à la SEB.

Kantonsteilung

Nach mehrmaligem Bemühen unsererseits ist nun die Teilung des Vermögens der französischsprachigen Arbeitslehrerinnen befriedigend geregelt.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Séance de septembre

En raison des vacances dans la région bernoise, la séance du Comité cantonal prévue pour le 24 septembre est avancée au 17 septembre 1980.

Partage des biens

Après bien des efforts de notre part, le différend qui opposait les maîtresses d'ouvrages du Jura bernois à leurs collègues du Jura a enfin pu être liquidé. Les maîtresses d'ouvrages du Jura bernois ont reçu la part de fortune qui leur était encore due.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*

Adaptation française: *Yves Monnin*

Rencontre avec la Direction de l'instruction publique

Jeudi 22 mai 1980, 14 h. 15 à 15 h. 45

Participants

De la DIP: M. Henri-Louis Favre, directeur de l'Instruction publique, et MM. Hans Ulrich Bratschi, Andreas Kämpfer, Urs Kramer, Roland Müller, Denis Racle et Peter Vauthier.

De la SEB: M^{mes} Regina Rentsch et Denise Wermeille, ainsi que MM. Andreas Gerber, Yves Monnin, Ulrich Thomann et Moritz Baumberger.

Après que M. Henri-Louis Favre eut apporté les salutations cordiales de son département, Ulrich Thomann, au nom de la Société des enseignants bernois, le félicita sincèrement de sa brillante élection à la tête du Gouvernement bernois.

Ordonnance sur les promotions dans les écoles secondaires

A la demande de la Société des maîtres aux écoles moyennes, son président, M. Andreas Gerber, proposa une modification de l'ordonnance sur les promotions pour les élèves des écoles secondaires. La réglementation en vigueur actuellement est l'objet de diverses critiques. Une des principales conséquences est que la période de censure est de trois semestres et ne correspond pas à l'intention initiale qui voulait que les décisions se prennent lors du changement d'année scolaire. A la suite d'une discussion avec la Conférence des inspecteurs des écoles secondaires, la SBMEM a organisé une enquête. Sur plus de mille réponses rentrées, 922 sont favorables à une modification de l'ordonnance sur les promotions. La nette majorité préconise la réduction de la période de censure à deux semestres, ce qui correspond aux dispositions en vigueur dans le Jura bernois et dans les autres types d'écoles. Andreas Gerber exprima le vœu que ce problème soit traité à part. Il demanda que la nouvelle ordonnance entre si possible en vigueur au début de l'année scolaire 1981/82.

La Direction de l'instruction publique se déclara disposée à examiner avec bienveillance une éventuelle demande dans ce sens. Un résultat positif de la votation

populaire du 8 juin sur les modifications des lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes offrirait une occasion favorable: l'ordonnance sur les promotions devrait de toute façon être modifiée. Urs Kramer dit qu'il serait difficile, pour différentes raisons, d'envisager une entrée en vigueur pour le printemps 1981.

Andreas Gerber se déclara satisfait de la procédure envisagée et remercia la Direction de l'instruction publique.

Age d'entrée à l'école

Porte-parole des maîtresses des classes enfantines et des maîtresses primaires de la région de Bienne, Denise Wermeille affirma que, dans la partie française du canton, en raison de la réglementation en vigueur, beaucoup d'enfants entraient trop tôt à l'école. Les admissions dans les petites classes D ont fortement augmenté ces derniers temps et environ 10 % des parents font «retarder» leur enfant en présentant un certificat médical. Ce sont les «jeunes» qui sont le plus souvent malades et qui connaissent les plus grandes difficultés lors du passage à l'école secondaire. Le groupe des enseignantes concernées souhaite une réglementation identique à celle en vigueur dans la partie allemande du canton.

Il y a des décennies que la partie française du canton connaît une réglementation particulière en ce qui concerne l'âge d'entrée à l'école, déclara Urs Kramer. Ce n'est qu'en 1972 qu'une unification fut possible. Le désir exprimé par les enseignantes biennoises va plutôt à l'encontre des tendances du reste de la Suisse romande. La Direction de l'instruction publique souhaite toutefois une réglementation uniforme pour l'ensemble du canton. Il faudrait que le Jura bernois le dise de façon claire. Les modifications législatives concernant le déplacement du début de l'année scolaire actuellement en consultation en donneraient la possibilité.

La discussion qui suivit montra que la SEJB pourrait organiser une enquête auprès des enseignants concernés, des médecins scolaires, des autorités scolaires et des associations de parents d'élèves. Elle permettrait de vérifier si cette proposition est accueillie favorablement dans le Jura bernois. Si le résultat de la consultation est positif, on pourrait alors en tenir compte dans le projet de déplacement du début de l'année scolaire.

Réforme de l'école complémentaire

A la demande de l'Association cantonale bernoise des maîtresses de l'enseignement professionnel et ménager, Regina Rentsch s'enquit de l'état des travaux entrepris par la DIP sur la base des motions Schweizer et von Gunten. Les maîtresses en économie familiale sont concernées directement par la nouvelle conception de l'école complémentaire ménagère et regrettent de n'être pas représentées dans le groupe de travail.

Andreas Kämpfer, président d'un groupe de travail créé par une décision du Conseil exécutif de novembre 1979, répondit de la façon suivante:

Il est exact que l'Association des maîtresses en économie familiale n'est pas directement représentée dans ce groupe. Mais cela est aussi valable pour d'autres associations d'enseignants, par exemple les maîtresses d'ouvrages ou les maîtres primaires qui enseignent à ce niveau. De toute façon, une experte de l'enseignement ménager y collabore.

Conformément à son mandat, le groupe doit se prononcer sur trois variantes:

- a) Modernisation de l'école complémentaire actuelle sans modifications fondamentales.
- b) Suppression du cours de cinq semaines et de l'école complémentaire générale obligatoire.
- c) Conception nouvelle d'une école complémentaire facultative et ouverte aux élèves des deux sexes.

Un rapport intérimaire sera soumis à la Direction de l'instruction publique avant les vacances d'été, avant de faire l'objet d'une large consultation. Le groupe a abordé les problèmes de façon très ouverte. Selon les résultats de la consultation, il est possible que la composition du groupe de travail soit modifiée.

Regina Rentsch se déclara non satisfaite de la situation actuelle: son association ne peut y défendre ses intérêts et il en résulte des malentendus regrettables.

Selon Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB, les enseignants peuvent être appelés individuellement à collaborer, mais ils devraient être proposés par leur organisation afin d'assurer les contacts nécessaires. Quand la SEB a la possibilité de proposer des représentants, il lui appartient de veiller à ce que les différents groupes concernés puissent participer. Il est toutefois vrai que l'administration doit aussi avoir la possibilité d'élaborer des projets au sein de groupes de travail internes, en faisant appel à des experts.

Le directeur de l'Instruction publique, M. Henri-Louis Favre, assura que les maîtresses en économie familiale

pourraient faire largement valoir leurs revendications dans le cadre de la consultation prévue.

Révision totale des lois scolaires

Le directeur de l'Instruction publique esquissa brièvement la situation:

Le Grand Conseil a approuvé l'idée de faire, dans une première phase, élaborer les principes pour une révision totale des lois sur la formation. Il a, par contre, rejeté les incidences prévues sur l'effectif du personnel. La DIP demandera au Conseil exécutif de désigner prochainement un coordinateur. Mais elle entend procéder sans précipitation. Il s'agit tout d'abord d'attendre le résultat de la votation populaire du 8 juin. Si les citoyens approuvent la révision partielle des lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes (ce qu'ils ont fait), les étapes suivantes seront préparées avec la participation de juristes et de praticiens. La SEB y collaborera. Dans son rapport, M. Henri-Louis Favre rappela que lui-même, au cours de nombreuses années, avait acquis l'expérience pratique d'enseignant et de directeur d'école.

Moritz Baumberger exprima l'avis que, malgré la modification des conditions, il serait possible de se mettre au travail. Il s'agira d'abord de s'entendre sur les limites et la forme du projet qui sera soumis au Grand Conseil. Il faudra fixer des principes et la procédure à suivre. La SEB souhaite que, en temps voulu, les conceptions élaborées par la SEB et par la DIP soient comparées en une séance approfondie et qu'un concept soit mis à jour.

Le directeur de l'Instruction publique approuva ce mode de faire. Il fit remarquer qu'il ne s'agirait pas seulement de discuter certains problèmes techniques, mais que l'école des enfants de notre peuple serait remise en question. En temps voulu, la DIP prendra contact avec la SEB.

Répondant à une question à ce sujet, Roland Müller indiqua que le recueil systématique des lois scolaires était annoncé pour la fin de l'année. Certaines expériences négatives dans le canton de Berne et dans d'autres cantons invitent à éviter toute précipitation.

Pour conclure, M. Favre remercia les participants de leur collaboration.

La prochaine rencontre avec la Direction de l'instruction publique est fixée au 18 août 1980.

Avant sa publication, le présent rapport a été soumis à l'approbation des participants.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*

Adaptation française: *Yves Monnin*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnigasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breitenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.